

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde
zur 29. Tagung des Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 27.02.2002

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.10 Uhr bis 14.25 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet von der 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates, Frau Hanna **H a u p t**.

Herr **Liebe** äußerte sich zur Thematik Straßenausbaubeiträge und schlug vor, zu einer zweckgebundenen Gebühr von ca. 5 Euro pro Einwohner und Jahr überzugehen, mit der man Straßenbau und Straßenreinigung bezahlen könnte.

Er übergab der Stadtverwaltung einen Komplex von mehreren Fragen zu diesem Thema und bat um eine schriftliche Beantwortung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte ihm eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Schobeß**, Anwohner der Schneeberger Straße, sprach zu TOP 10- Antrag des Stadtrates El-Khalil - betreffend die Schneeberger Straße. In der Bürgerversammlung in Büschdorf habe er bereits das Problem abgesprochen - Schneeberger Straße zwischen Zwebendorfer Straße und Kirchblick - diese Wohnstraße sei in einem unhaltbaren Zustand, sei letztmalig Ende 1999

in Ordnung gebracht worden. Er verwies auf Fotos, die diesen Zustand dokumentierten. Ursache des Problems sei ein dort vorhandenes Einbahnsystem. Von der Regelung her sei die Straße gesperrt, aber es richte sich kaum jemand danach. Für die Anwohner der Straße könne es eigentlich nur eine Regelung durch aktive Sperrung der Straße geben. Zu berücksichtigen sei, dass in der Straße in diesem Jahr Abwasserleitungen gelegt werden sollen, es habe also wenig Sinn, die Straße in Ordnung zu bringen, bevor diese Arbeiten durchgeführt seien.

Weitere Einwohner nahmen nicht das Wort.

Die 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Haupt
2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Panian

Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

05.03.2002

N i e d e r s c h r i f t

der 29. Tagung des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale) am 27.02.2002
ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.40 Uhr bis 18.00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerliste im Anhang

Die 29. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet von der 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates, Frau Hanna **H a u p t**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 41 Mitglieder des Stadtrates (72 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Über die Aufnahme von einer Dringlichkeitsvorlage sowie 8 Dringlichkeitsanträgen sei zu entscheiden.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, stellte fest, dass ihm diese Vorlagen nicht zur Verfügung ständen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, erklärte, ebenfalls nicht im Besitz der Dringlichkeitsvorlagen zu sehen. Seine Fraktion werde aber nicht gegen eine Aufnahme sprechen, da der Inhalt der Vorlagen bekannt sei.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, bat um Aufnahme der Anträge in die Tagesordnung.

Frau **Haupt** schlug vor, die Anträge zur Ausschussbesetzung im Block abzustimmen. Dazu gab es keine gegenteiligen Meinungen.

Abstimmung zur Aufnahme der
Dringlichkeitsvorlage
Mandatsniederlegung: mit 42 Ja-Stimmen z u g e s t i
m m t

Abstimmung zur Aufnahme
von 5 Anträgen zu
Ausschussbesetzungen: mit 42 Ja-Stimmen z u g e s t i
m m t

Abstimmung zu Aufnahme
Antrag 02167 (SSK): mit 42 Ja-Stimmen z u g e s t i
m m t

Abstimmung zu Aufnahme

Antrag 02169 (GWG):
m m t

mit 42 Ja-Stimmen z u g e s t i

Herr Heft, PDS-Fraktion, begründete die Dringlichkeit zum Antrag seiner Fraktion -
Tarifänderungen der MDV GmbH zum 01.09.2002- Vorlagen-Nr.: III/2002/02172.

Abstimmung zur Aufnahme

Antrag 02172 (Tariferhöhung):

bei 29 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
11 Enthaltungen

mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr Godenrath bat, TOP 20 gemeinsam mit TOP 11 zu behandeln, ebenso auch die
Anträge zur Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und
Saalkreissparkasse.

Herr Kley, F.D.P.-Fraktion, stellte den Antrag, einen Tagesordnungspunkt zur Neuregelung
der
Besetzung der Ausschüsse aufzunehmen. Mit dem Ausscheiden von Herrn Prof. Schuh aus
der SPD-Fraktion sei die Situation entstanden, dass nach Hare-Niemeyer die Ausschüsse
neu besetzt werden müssten. Das sollte schnellstmöglich geschehen, da sonst die
Beschlüsse dieser Ausschüsse anzufechten seien.

Abstimmung zu Antrag Aufnahme TOP

Neuregelung Besetzung von Ausschüssen: mit mehr als
Zweidrittelmehrheit

z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Tagesordnung insgesamt:
t

mehrheitlich z u g e s t i m m

bei 1 Nein-Stimme

Damit wurde folgende T a g e s o r d n u n g bestätigt:

- 1 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom
30.01.2002

- 2 Genehmigung der Niederschrift der 28. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 30.01.2002 (öffentlicher Teil)
- o.T. Dringlichkeitsvorlage - Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des nächstfestgestellten Bewerbers
Vorlagen-Nr.: III/2002/02154
- 3 Aufhebung des Stadtratsbeschlusses Vorlagen-Nr.: 99/00002 vom 14.07.1999 - Bestellung eines Protokollführers und Neufassung des Beschlusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02102
- 4 Abwägungsbeschluss und Änderungsbeschluss zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 4 Baugebiet Büschdorf südlich der Delitzscher Straße
Vorlagen-Nr.: III/2001/01936
- 5 Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung
Vorlagen-Nr.: III/2001/01835
- 6 Feststellung Jahresabschluss 2000 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlagen-Nr.: III/2002/02060
- 7 Programm, Kosten, Eintrittspreise und Ablauf der Handel-Festspiele vom 07. bis 16. Juni 2002 in der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01867
- 8 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 Thalia Theater Halle/Kinder- und Jugendtheater
Vorlagen-Nr.: III/2001/01977

Wiedervorlagen

- 9 Antrag der Stadträte Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM und Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zu Fahrradabstellanlagen und Schließfächern
Vorlagen-Nr.: III/2001/01827
- 10 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU - betreffend die Schneeberger Straße
Vorlagen-Nr.: III/2001/01888

Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 11 Antrag der HAL-Fraktion - zur Berliner Brücke
Vorlagen-Nr.: III/2001/01900
- 20 Antrag der Stadträtin Prof. Dorothea Vent, HAL-Mitbürger - zur Sanierung der Berliner Brücke
Vorlagen-Nr.: III/2002/02124

- 12 Antrag der HAL-Fraktion - zum Flächenpool der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2002/02105
- 13 Antrag der PDS-Fraktion - zu Verkehrslösungen in den Wohngebieten in Halle-Trotha
Vorlagen-Nr.: III/2002/02109
- 14 Antrag der FDP-Fraktion - Konzept zum Neustädter Platz
Vorlagen-Nr.: III/2002/02115
- 15 Antrag der SPD-Fraktion - erforderliche Ausschussumbesetzungen der SPD-Fraktion
Vorlagen-Nr.: III/2002/02117
- 16 Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der SPD-Fraktion im Aufsichtsrat des TGZ
Vorlagen-Nr.: III/2002/02118
- 17 Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der SPD-Fraktion im Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse (SSK)
Vorlagen-Nr.: III/2002/02119
- Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse
Vorlagen-Nr.: III/2002/02167
- 18 Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der SPD-Fraktion im Aufsichtsrat der VVV
Vorlagen-Nr.: III/2002/02121
- 19 Antrag der HAL-Fraktion - zum Begegnungszentrum an der Rabeninsel
Vorlagen-Nr.: III/2002/02122
- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Hauptausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02162
- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung
Vorlagen-Nr.: III/2002/02163
- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Neubesetzung Ausschussvorsitz des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten
Vorlagen-Nr. III/2002/02164
- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Gleichstellungsausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02164
- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Innenausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02166

- o.T. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion - Entsendung eines Vertreters in den Aufsichtsrat der gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Halle-Neustadt mbH (GWG)
Vorlagen-Nr.: III/2002/02169

Anfragen von Stadträten

- 21 Anfrage der MBL-Fraktion - zur Einrichtung von Anliegerparkplätzen
Vorlagen-Nr.: III/2002/02104
- 22 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU - betreffend die Reinigung der Schulgebäude
Vorlagen-Nr.: III/2002/02111
- 23 Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU - zum unerlaubten Plakatieren im Zusammenhang mit Veranstaltungen im Objekt Reilstraße 78
Vorlagen-Nr.: III/2002/02112
- 24 Anfrage der SPD-Fraktion - zu Straßenausbaubeiträgen
Vorlagen-Nr.: III/2002/02113
- 25 Anfrage der Stadträtin Katharina Brederlow, SPD - zu Verkehrsbehinderungen Delitzscher Straße/Riebeckplatz
Vorlagen-Nr.: III/2002/02114
- 26 Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL- NEUES FORUM - zur Inbetriebnahme eines Heimes für chronisch behinderte Suchtkranke
Vorlagen-Nr.: III/2002/02116
- 27 Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - betreffend Rückzug des Ordnungsamtes von Kontrollen an Schwerpunkten des Drogenhandels
Vorlagen-Nr.: III/2002/02120
- 28 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM - zur Bedarfsermittlung für Projekte der Drogentherapienachsorge
Vorlagen-Nr.: III/2002/02123
- 29 Mitteilungen

**Zu TOP 01 - Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten
Beschlüsse vom 30.01.2002**

Die 2. Stellvertretende des Vorsitzenden des Stadtrates, Frau Haupt, informierte zum Inhalt von fünf in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlüsse der 28. Tagung des Stadtrates am 30.01.2002.

Zu TOP 02 - Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 28. öffentlichen Tagung des Stadtrates.

Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 28. öffentliche Tagung des Stadtrates am 30.01.2002 in der vorliegenden Form **g e n e h m i g t**.

Zu Dringlichkeitsvorlage - Niederlegung eines Mandates und Nachrücken

des nächstfestgestellten Bewerbers

Vorlagen-Nr.: III/2002/02154

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02154 - Niederlegung eines Mandates und Nachrücken des
nächstfestgestellten Bewerbers

Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Eberhard D o e g e, Beifußweg 5, 06120 Halle
(Saale),
gemäß § 40 GO LSA sein Mandat mit Wirkung zum 15. Februar 2002 niedergelegt hat.

Für ihn rückt Herr Dr. Holger H e i n r i c h, Nordstraße 42, 06120 Halle (Saale), nach.

*Die 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates verabschiedete
Herrn Eberhard D o e g e aus den Reihen des Stadtrates und dankte ihm für die
geleistete
Arbeit als Stadtrat und Vorsitzender der CDU-Fraktion.*

*Herr Dr. Holger H e i n r i c h wurde auf seine Rechte und Pflichten als Stadtrat
vereidigt.*

Frau Haupt informierte, dass neuer *Vorsitzender der CDU-Fraktion Herr Frank S ä n g e
r*
sei.

Herr *Prof. Dr. Dieter Schuh* sei *aus der SPD-Fraktion ausgetreten.*

**Zu TOP 03 - Aufhebung des Stadtratsbeschlusses Vorlagen-Nr. :
99/00002**

**Vom 14.07.1999 - Bestellung eines Protokollführers und
Neufassung des Beschlusses**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02102

**Zu TOP 04 - Abwägungsbeschluss und Änderungsbeschluss zum
Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 4
Baugebiet Büschdorf südlich der Delitzscher Straße**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01936

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, teilte mit, der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten habe der Vorlage zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: bei 1 Enthaltung einstimmig z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. III/2001/01936 - Abwägungsbeschluss und Änderungsbeschluss zum
Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 4
Baugebiet Büschdorf südlich der Delitzscher Straße**

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der vorgebrachten Anregungen zur Änderung des Flächennutzungsplanes lfd. Nr. 4 Baugebiet Büschdorf südlich der Delitzscher Straße wird zugestimmt.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.
 3. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale) lfd. Nr. 4, Baugebiet Büschdorf südlich der Delitzscher Straße in der vorliegenden Form.
-

Der Stadtrat beschließt die Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung.

Zu TOP 06 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Zoologischer Garten

Halle GmbH

Vorlagen-Nr.: III/2002/02060

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02060 - Feststellung Jahresabschluss 2000 der Zoologischer Garten

Halle GmbH

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Niethammer, Posewang & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft - Steuerberatungsgesellschaft geprüfte und am 18.05.2001 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2000 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	8.153.363,70 DM
Die Bilanzsumme beträgt	40.694.983,14 DM

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 8.153.363,70 DM wird durch Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.
 3. Der Beirat wird für das Geschäftsjahr 2000 entlastet.
-
-

**Zu TOP 07 - Programm, Kosten, Eintrittspreise und Ablauf der
Händel-
Festspiele vom 07. bis 16. Juni 2002 in der Stadt Halle
(Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2001/01867

Frau Haupt teilte mit, dass der Hauptausschuss vor wenigen Minuten in seiner kurzen Beratung dem Deckungsvorschlag zum Betrag im Punkt 3 des Beschlussvorschlages zugestimmt habe.

Es gab keinen Diskussionsbedarf zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: bei 1 Nein-Stimme
(Empfehlung HA) 7 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01867 - Programm, Kosten, Eintrittspreise und Ablauf der Händel-

Festspiele vom 07. bis 16. Juni 2002 in der Stadt Halle
(Saale)

1. Der Stadtrat beschließt das Programm, den Kostenumfang, die Eintrittspreise und den Ablauf der Händel-Festspiele 2002 entsprechend beiliegender Vorlage.
 2. Der Stadtrat stimmt zu, dass Einnahmen aus Steuerrückerstattungen bzw. -befreiungen für die Ausgaben eingesetzt werden können.
 3. Der Stadtrat stimmt zu, dass das erworbene Werbekonzept der Agentur PANTOS Werbeagentur GWA, Ausbaustufe 2, fortgeführt und zusätzlich finanziert wird (Kosten 100.000 Euro).
Zur Deckung dieser Kosten wird der Ansatz im Unterabschnitt 3600 des Verwaltungshaushaltes (Entwurf) "Zuwendungen an die Franckeschen Stiftungen" Von 230.000 Euro um 100.000 Euro auf 130.000 Euro vermindert.
-

Zu TOP 08 - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1999/2000
Thalia Theater Halle/Kinder- und Jugendtheater
Vorlagen-Nr.: III/2001/01977

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, stellte fest, dass für die Eigenbetriebe der Stadt eigentlich vorgesehen sei, den Jahresabschluss innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Wirtschaftsjahres vorzulegen. Das sei in diesem Fall nicht geschehen. Er bitte, in Zukunft die Jahresabschlüsse so zeitnah vorzulegen, damit entsprechende Zahlen vorliegen, wenn z.B. der Haushalt beraten werde.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, rügte die Beratungsfolge dieser Vorlage. Laut Eigenbetriebsgesetz sei es, dass Vorlagen der Eigenbetriebe nur im eigenen Betriebsausschuss beraten werden dürften und danach direkt in den Stadtrat gehen. Eine Beteiligung anderer Ausschüsse des Stadtrates sei nicht erlaubt.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, widersprach dieser Aussage. Es sei eine gute Übung im Hause, dass vor einer Stadtratstagung über solche wichtigen finanzwirtschaftlichen Angelegenheiten sich der Stadtrat durch ein Votum des Finanzausschusses beraten lasse. Er empfehle an dieser guten Übung festzuhalten.

Herr Biesecke meinte, eine gute Übung könne auch eine falsche Übung sein. In allen Kommentierungen zu Eigenbetriebsgesetzen sei von eindeutiger Vorschrift die Rede.

Herr Koch erklärte, die Verwaltung werde diese Rechtsfrage prüfen. Er tendiere dahin, die Rechtsvorschrift so auszulegen, dass der Stadtrat, bevor er sich entscheidet, den Finanzausschuss zur Beratung beauftrage. Die Dinge könnten nicht nur aus der Sicht des Betroffenen gehandhabt werden, sondern bedürften insbesondere bei der beengten Finanzwirtschaft der Stadt einer Gesamtsicht.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht

Abstimmung zur Vorlage: bei 3 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01977 - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1999/2000
Thalia Theater Halle/Kinder- und Jugendtheater

Der Stadtrat beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 des Eigenbetriebes Thalia Theater Halle/Kinder- und Jugendtheater und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 1999/2000.

Der Stadtrat beschließt, dass der Jahresverlust in Höhe von 187.525,52 DM, der sich durch die Abschreibungen und übertragenen Gebäude und baulichen Anlagen ergibt, durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen wird.

Zu Wiedervorlage von Anträgen

Zu TOP 09 - Antrag der Stadträte Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM
und

Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zu
Fahrradabstellanlagen und Schließfächern

Vorlagen-Nr.: III/2001/01827

Herr **EI-Khalil**, CDU-Fraktion, informierte, der Sportausschuss habe den Antrag in zwei Teile getrennt und habe beiden Teilen zugestimmt.

Herr **Dr. Bartsch**, PDS-Fraktion, schlug folgende Änderung in Punkt 2 des Beschlussvorschlages vor: anstelle von künstlerischer Gestaltung der Schließfächer sollte von ästhetischer Gestaltung geschrieben werden.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, beantragte, die beiden Punkte getrennt abzustimmen.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, meinte, von ihr aus könne die Formulierung "künstlerisch" gestrichen werden, ansonsten sollte aber der Empfehlung des Sportausschusses zugestimmt werden.

Herr **El-Khalil** verwies darauf, dass es sich bei Punkt 2 um einen Prüfauftrag handle. Es müsse jetzt nicht so diskutiert werden, als sei es das Wichtigste auf der Welt.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass die jetzige Formulierung besage, dass die Prüfung durch den Sportausschuss befürwortet werde. Wenn man die Formulierung der Antragsteller übernehme, so werde die Oberbürgermeisterin beauftragt zu prüfen. Das sei ein Unterschied. Und dann möchte er erst einmal wissen, was die Aufstellung von Schließfächern koste. Das müsste dann im Finanzausschuss behandelt werden, denn er nehme nicht an, dass diese Kosten bereits im Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt berücksichtigt worden seien.

Frau **Wolff** erklärte, im Sportausschuss sei durchaus schon zu den Kosten gesprochen worden.

Es sollte kostenneutral gestaltet werden. Es gebe unterschiedliche Modelle in verschiedenen Städten und Ländern. Dazu sollte eine Prüfung erfolgen.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, freute sich, dass das Anliegen des Antrages auf den Weg sei, in Halle eine Tatsache zu werden. Aber so, wie der Antrag derzeit formuliert sei, werde vom Stadtrat nur festgestellt, dass der Sportausschuss befürwortete. Daraus müsse ein Handlungsauftrag für die Verwaltung werden.

Frau **Haupt** fasste zusammen, dass anstelle Sportausschuss im Beschlussvorschlag Stadtrat formuliert werden müsse.

Herr **Jeschke** stimmte diesem Vorschlag zu. Darunter verstehe er jedoch, dass sich die Verwaltung dann auch in diesem Sinne bewegen möge.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zu Modifizierung des

Antrages:

(Stadtrat anstelle Sportausschuss)

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zum Antrag auf Änderung

"künstlerisch" in "ästhetisch":

mehrheitlich a b g e l e h n t

Abstimmung zum Antrag auf getrennte

Abstimmung der zwei Punkte:

bei 26 Ja-Stimmen

12 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zum Punkt 1 des Antrages in

modifizierter Form (*Empfehlung Sportausschuss*): bei 28 Ja-Stimmen
und mehreren Nein-Stimmen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zum Punkt 2 des Antrages in

modifizierter Form (*Empfehlung Sportausschuss*): bei 23 Ja-Stimmen
21 Nein-Stimmen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01827 - Antrag der Stadträte Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM
und Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM - zu
Fahrradabstellanlagen und Schließfächern

1. Der Stadtrat befürwortet die Aufstellung von Fahrradabstellanlagen (Anlehnbügel)
an den fünf im Antrag genannten Standorten:

- Würfelwiese/Pfälzer Brücke
- Eingang Peißnitz/Peißnitzbrücke
- Böllberger Weg - Schlippe zu den Tennisplätzen und zur Hafenbahnbrücke
- Rabeninsel
- Heideparkplatz am Waldkater (Erweiterung der Fahrradabstellanlagen)

2. Der Stadtrat empfiehlt der Verwaltung, die Aufstellung von Schließfächern und
deren
künstlerische Gestaltung zu prüfen.

Zu TOP 10 - Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil, CDU - betreffend
die

Schneeberger Straße

Vorlagen-Nr.: III/2001/01888

Herr **EI-Khalil**, CDU-Fraktion, erklärte, zur Schneeberger Straße zeichne sich eine unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Rat und Bürgern ab, so dass er den Antrag zurückziehe.

Der Antragsteller zog den Antrag zurück.

Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

Zu TOP 11 - Antrag der HAL-Fraktion - zur Berliner Brücke
Vorlagen-Nr.: III/2001/01900 und

zu TOP 20 - Antrag der Stadträtin Prof. D. Vent, HAL-MitBürger - zur Sanierung der Berliner Brücke

Vorlagen-Nr.: III/2002/02124

Frau Wolff, HAL-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion habe diesen Antrag auf Prüfung erneut gestellt, weil sie der Meinung sei, dass sich die Stadt einen Neubau gar nicht leisten könne.

Untersuchungen für eine Sanierung seien nur halbherzig angegangen worden. Bis heute fehle ein Gutachten für die Restnutzungsdauer. Der immer wieder vorgetragene schlechte Bauzustand gelte eigentlich nur für ein Drittel der Brücke, es handle sich um den westlichen

Teil, unter dem sich die Fernbahngleise befinden. Dieser Teil sei im Gegensatz zum Rest der Brücke nie saniert, dafür aber am meisten beansprucht worden. Fördermöglichkeiten für die Sanierung seien nicht ernsthaft eingeworben worden; in einer Vorlage für die 11. Tagung des Stadtrates im Jahr 2000 seien sie nicht aufgeführt.

In der Begründung der Stadtverwaltung werde angegeben, dass die vorhandene Fahrbahnbreite bei der alten Brücke 10 Meter betrage, bei der neuen Brücke würde diese 20,5 Meter betragen. Das sei falsch. Hier sei die Brückenbreite mit der Fahrbahnbreite verwechselt worden. Die Fahrbahnbreite bei der neuen Brücke erhalte letztlich einen Zuwachs von gerade einmal 2 Metern. Weiterhin werde ausgeführt, dass die Brücke 100 Meter kürzer werde. Bereits in der Septembersitzung des Planungsausschusses habe Herr Dr. Busmann auf eine Anfrage hin ausgeführt, dass die neue Brücke nicht verkürzt werden könne und somit die Kostensteigerung auf 60 Mio zu erklären sei. Der Wartungsaufwand für die alte Brücke werde mit 200 TDM pro Jahr beziffert. Für den Mehraufwand von 34,9 Mio DM für den Neubau könnte man die alte Brücke 174 Jahre lang warten. Wie hoch die Wartungskosten für die neue Brücke sein werden, sei nie erwähnt worden. Gerade eine Pylonenbrücke sei sehr wartungsintensiv. Vielleicht könne Herr Tepasse etwas zu den Wartungskosten sagen?

Bei der Entscheidung sollte nicht vergessen werden, dass es bei einem Neubau um 34,9 Mio DM Steuergelder gehe - 34,9 Mio DM für einen separaten Gleiskörper über eine Länge von 270 Metern.

Gerade bei der jetzigen prekären Haushaltslage sollten die Stadträte eine Entscheidung treffen, die im Sinne der Stadt, im Sinne der Finanzen der Stadt und der von Land und Bund ist.

Herr Tepasse, Beigeordneter für Planen und Bauen, erklärte, zur Vergangenheit um diese Angelegenheit könne er nichts sagen. Wenn er Entwicklungsphasen im Baubereich von 1992 bis 1995, 1998 sehe, dann seien da möglicherweise auch andere Prüfungsaufträge oder Inhalte gewesen, so dass man durchaus die Kostensteigerungen nachvollziehen könne. Die Zahlen, die jetzt auf dem Tisch lägen, könne er eigentlich nur unterstützen. Man komme nicht von den Fakten weg, dass Fördermittelantragswesen und dergleichen mehr enorm weit seien. Man bekomme große Probleme, wenn man die Verabschiedung nicht relativ kurzfristig mache. Neben den klassischen Daten, die den Stadträten bewusst noch einmal in einer Tabellenform dargestellt worden seien, habe man auch zu bedenken, dass in den Verhandlungen mit der Bahn nebenbei noch andere Forderungen gestellt werden, dass Erhöhungen der Brücke gewünscht seien. Das würde mit der alten Brücke technisch kaum möglich sein. Bei der Abwägung all dieser Argumente sprächen alle Prüfungen bisher

eindeutig für einen Neubau.

Frau Wolff fragte nach der Höhe der Wartungskosten beim Neubau.

Herr Tepasse antwortete, diese Zahlen lägen ihm nicht vor.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, bedauerte, dass nie ernsthaft der zweite Weg, der heute noch einmal beantragt worden sei, mit all seinen Auswirkungen verfolgt wurde. Wenn man von der Kostenaufstellung ausgehe, die die Stadtverwaltung im Finanzausschuss vorgelegt habe - Sanierungskosten 22 Mio Netto, Gesamtkosten für den Neubau plus Abriss ca. 65 Mio Netto -, und dafür 34 Mio öffentlicher Steuergelder verwenden müsse, wenn man die Bahn mit einbeziehe, noch mehr - welche ungeheure Verschwendung - nämlich das Doppelte, wenn Fördergelder nicht für die Sanierung eines Bauwerkes zur Verfügung gestellt werden und statt dessen ein Neubau durchgeführt wird.

Er wisse, dass man jetzt in einer Phase sei, wo man wahrscheinlich den Zug - auch aufgrund von hier im Stadtrat gefassten Beschlüssen - nicht mehr aufhalten könne, aber es sei notwendig, in Zukunft stärker auf solche Belange zu achten, auch vor dem Hintergrund der

eigenen Haushaltslage.

Er erinnere daran, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der jetzigen Haushaltsdiskussion

seine eigene Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2003 allein aus diesem Projekt mit 23 Mio € belaste, dabei die ursprünglich im Entwurf eingebrachten Mittel schon um

9 Mio € gekürzt habe, also jetzt bei einer Gesamtsumme von 34 Mio VE im Entwurf sei.

Das sei in den vergangenen zehn Jahren nicht ein einziges Mal genehmigt worden.

Die maximale VE-Belastung im Jahr sei um die 40 Mio DM gewesen. Man liege jetzt bei über 60 Mio. Wenn da nicht eine weitere Kürzung vonstatten gehe, befürchte er, dass der Haushalt

und die Satzung so nicht genehmigt werden, selbst wenn man ein umfangreiches Haushaltskonsolidierungskonzept vorlege.

Den Zug werde man jedoch nicht mehr aufhalten können, denn man habe das Großprojekt Riebeckplatz, mit dem man vorankommen müsse, damit man kein Verkehrschaos in der Stadt

erhalte, falls dort Parallelbauten stattfinden sollten an beiden Verkehrsknotenpunkten.

Er bitte darum, dass im Zuge der Beplanung dieses Projektes noch einmal über die zu veranschlagenden Kosten dieses Neubaus nachgedacht und überprüft werde, ob all das, was bisher veranschlagt worden sei, auch wirklich notwendig sei, auch aufgrund der jetzt zu beobachtenden Verkehrsströme selbst in Hochzeiten der Stadt.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, erklärte, er befasse sich mit diesem Brückenbauwerk schon seit

25 Jahren. Man sollte sehr vorsichtig sein, wenn man die Kosten für eine Sanierung gegen die Kosten eines Neubaus betrachte. Sanierung bedeute, dass man eine Restnutzungsdauer von 20 Jahren habe, man verschiebe also auf die nächste Generation deutlich höhere weitere Kosten.

Wenn man das Thema Riebeckplatz ansehe und das, was uns da in den nächsten Jahren bevorstehe, so bedeute das, eine Berliner Brücke zu sanieren, sei unmöglich. Die Verkehrsströme würden nicht beherrschbar. Er sei der Meinung, dass man von dem selbst getroffenen Beschluss nicht abweichen sollte.

Allerdings interessierten ihn auch, wie die Kostensteigerung entstanden sei. Das sollte man fachlich prüfen und im Planungsausschuss noch einmal diskutieren.

Der heutige Antrag sollte abgelehnt werden.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, meinte, für seine Fraktion sei das, was zur Begründung, das Prüfverfahren noch einmal aufzurollen und eine weitere Verzögerung in Kauf zu nehmen, vorgetragen worden sei, nicht überzeugend. Die technischen und die verkehrstechnischen Anforderungen an die Brücke ließen sich durch die alte Brücke nicht in dem Umfang erfüllen, wie es notwendig sei. Deshalb sei ein Brückenneubau erforderlich. Man sollte bei der bisherigen Beschlusslage bleiben.

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, äußerte, er stimme mit der Meinung von Herrn Dr. Meerheim überein, bei bestimmten Bauten, bestimmten Vorhaben tatsächlich die Verwaltung zu zwingen, auch die Alternative richtig zu durchdenken und dem Stadtrat mit Zahlen und Fakten wirklich zwei Möglichkeiten aufzuzeigen.

Wenn man von Steuergeldern spreche, müsse man auch erkennen, dass die 20 Millionen für die Sanierung auch Steuergelder wären.

Seine Fraktion sei für den Neubau der Brücke.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Frau **Haupt** wies auf überholte Daten im Antrag der HAL-Fraktion hin.

Frau **Wolff** änderte die Daten auf Ende April.

Abstimmung zur Vorlage 01900 in *modifizierter Form*: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag der HAL-Fraktion ab.

Der Antrag unter Vorlagen-Nr. III/2002/02124 wurde zurückgezogen.

**Zu TOP 12 - Antrag der HAL-Fraktion - zum Flächenpool der Stadt
Halle (Saale)**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02105

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, begründete den Antrag.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, erklärte, im Bildungsausschuss sei vor kurzen ein ähnlicher Vorschlag gekommen, weitere Flächen von Schulen zu begrünen, um Gebühren zu sparen. Deshalb verweise er den Antrag namens seiner Fraktion in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten

verwiesen.

Zu TOP 13 - Antrag der PDS-Fraktion - zu Verkehrslösungen in den Wohngebieten in Halle-Trotha

Vorlagen-Nr.: III/2002/02109

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, teilte mit, dass Stadträte seiner Fraktion an der Bürgerversammlung in diesem Stadtteil teilgenommen haben. Dort sei von den Anwohnern auf Ärgernisse hingewiesen worden, die mit dem "Schleichverkehr" aus dem Saalkreis heraus durch das genannte Viertel östlich der Trothaer Straße bis Stadtrandgebiet unter Einschluss der Gottfried-Keller-Siedlung zusammenhängen. Die Verwaltung solle mit diesem Antrag beauftragt werden, nach Lösungswegen zu suchen, diesen "Schleichverkehr" zu vermeiden im Interesse der Anwohner dieser guten städtischen Wohnlage. Wenn das Wohnumfeld dort durch verkehrstechnische Maßnahmen verbessert werden könnte, wäre das eine vernünftige Sache.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2002/02109 - Antrag der PDS-Fraktion - zu Verkehrslösungen in den Wohngebieten in Halle-Trotha

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das östlich der Trothaer Straße zwischen Zoo und Stadtrand gelegene Wohngebiet, einschließlich der Gottfried-Keller-Siedlung, eine aktuelle Verkehrsanalyse vorzunehmen mit der Zielstellung, intelligente Lösungen zur Vermeidung von Schleichverkehren durch die Wohngebiete zu erarbeiten.
 2. Unter Berücksichtigung der Verkehrsflüsse im Knotenbereich Trothaer Straße/Köthener Straße sind die Auswirkungen einer Ausweisung der Hans-Dittmar-Straße als Einbahnstraße zeitlich vorrangig zu prüfen.
 3. Sollte sich die unter Punkt 2 genannte Lösung als nicht tragfähig erweisen, ist ein schlüssiger Vorschlag über den zukünftigen Ausbaustandard sowie die Ordnung des fließenden und ruhenden Verkehrs vorzulegen.
-
-

Zu TOP 14 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Konzept zum Neustädter Platz

Vorlagen-Nr.: III72002/02115

Herr Scholze, F.D.P.-Fraktion, begründete den Antrag und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Kraus, SPD-Fraktion, informierte zu Vorhaben der Bahn AG um die Sanierung des S-Bahnhofes. Er bat den zuständigen Beigeordneten diese Pläne der Bahn im Auge zu behalten, damit die sanierten Flächen nicht zerstört werden.

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, fragte, ob dieser Platz nicht in die vorbereitenden Untersuchungen zur Sanierung des Neustadt-Zentrums einbezogen werden müsste.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, natürlich sei dieser Platz mit Gegenstand der Neugestaltung des Neustadt-Zentrums. Aber das dauere alles noch ein bisschen. Es mache trotzdem Sinn, dem Antrag zuzustimmen, damit die Verwaltung kurzfristig die Dinge, die sinnvoll sind, untersuchen und in Gang setzen könne und dennoch das Ganze im Gesamtkonzept der Gestaltung des Stadtteils Neustadt einbezogen wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02115 - Antrag der F.D.P.-Fraktion - Konzept zum Neustädter Platz

Die Frau Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept über die Nutzung und Belebung des Neustädter Platzes (zwischen Neustadtzentrum und Passage) bis Juni 2002 vorzulegen.

**Zu TOP 15 - Antrag der SPD-Fraktion - erforderliche
Ausschussumbesetzungen der SPD-Fraktion**
Vorlagen-Nr.: III/2002/02117

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, erinnerte an die Zuarbeit der Verwaltung, die Situation der Ausschüsse nach dem Austritt von Herrn Prof. Schuh betreffend. Danach müsste seines Erachtens die Besetzung durch die SPD-Fraktion im Sozial- und Gesundheitsausschuss aus der Vorlage herausgenommen werden.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, meinte, es sei korrekter, den Ausschuss erst einmal zu besetzen um dann ein einheitliches Los-Verfahren durchführen zu können.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, stellte fest, das Los-Verfahren hätte schon im Vorfeld der Stadtratstagung passieren könne, z.B. im Hauptausschuss, der jedoch nicht zusammengerufen worden sei.

Frau **Haupt** erläuterte, eine frühere Klärung bei der Besetzung der Ausschüsse habe nicht stattfinden können, da die schriftliche Erklärung von Herrn Prof. Schuh noch nicht vorgelegen habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02117 - Antrag der SPD-Fraktion - erforderliche
Ausschussbesetzungen der SPD-Fraktion**

- Der Stadtrat bestätigt Herrn Stadtrat Andreas S c h m i d t als Mitglied im Ausschuss für
Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.
 - Der Stadtrat bestätigt Herrn Stadtrat Dr. habil. Günter K r a u s als Mitglied im
Sozial- und Gesundheitsausschuss.
 - Der Stadtrat bestätigt Frau Stadträtin Barbara S c h e l l e r als Mitglied im
Rechnungsprüfungsausschuss.
 - Der Stadtrat bestätigt Herrn Stadtrat Tilo B i e s e c k e als Mitglied im zeitweiligen
Ausschuss für Funktional-, Verwaltungs- und kommunale Strukturreform.
-

**Zu TOP 16 - Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter
der**

SPD-Fraktion im Aufsichtsrat des TGZ
Vorlagen-Nr.: III/2002/02118

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2002/02118 - Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der

SPD-Fraktion im Aufsichtsrat des TGZ

Der Stadtrat benennt Herrn Stadtrat Dr. habil. Günter K r a u s als Vertreter der SPD-Fraktion für den Aufsichtsrat des TGZ.

Zu TOP 17 - Antrag der SPD-Fraktion - Wahl eines Vertreters der SPD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse (SSK)

Vorlagen-Nr.: III/2002/02119 und (ohne TOP)

Antrag der CDU-Fraktion - Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse

Vorlagen-Nr.: III/2002/02167

Frau **Haupt** erläuterte, dass in diesem Fall gewählt werden müsse. Es könne offen abgestimmt

werden, wenn niemand widerspreche. Sie stellte fest, dass Herr Misch widerspreche, somit werde eine Geheime Wahl durchgeführt.

Es erfolgte die Ausgabe der Stimmzettel.

Frau **Haupt** brach die Ausgabe der Stimmzettel ab. Sie teilte mit, dass ihr ein Fehler unterlaufen sei, sie habe nicht noch einmal darauf aufmerksam gemacht, dass alle Stadträte die Wahlkabine benutzen müssen.

Es erfolgte die Ausgabe eines zweiten Stimmzettels und anschließend der Wahlgang. Nach Beendigung des Wahlganges erfolgte die Auszählung der Stimmen.

In der Tagesordnung wurde fortgefahren.

Zu TOP 18 - Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der

SPD-Fraktion im Aufsichtsrat der VVV

Vorlagen-Nr.: III/2002/02121

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02121 - Antrag der SPD-Fraktion - Benennung für den Vertreter der

SPD-Fraktion im Aufsichtsrat der VVV

Der Stadtrat benennt Herrn Stadtrat Knut L e h m a n n als Vertreter der SPD-Fraktion für den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV).

Zu TOP 19 - Antrag der HAL-Fraktion - zum Begegnungszentrum an der

Rabeninsel

Vorlagen-Nr.: III/2002/02122

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und erinnerte, dass der Stadtrat beim Beschluss zum Bau der Rabeninselbrücke hier großzügig mit finanziert habe - das Geschenk von Dow Chemical habe die Stadt ja ganz schön Geld gekostet - und auch die Bedingung von Dow Chemical und dem Wassersportverein geschluckt habe, dort ein Begegnungszentrum mit entstehen zu lassen. Das sei mit dem Gefühl geschehen, der halleschen Bevölkerung etwas Gutes zu tun. Nun stelle sich aber heraus, dass dieses Zentrum keinesfalls für die Bevölkerung da sei, sondern nur für diesen Verein. Das sei so damals dem Stadtrat nicht gesagt worden. Über das Problem sollte man deshalb noch einmal diskutieren.

Er verweise den Antrag namens seiner Fraktion in den Sportausschuss und in den Finanzausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der HAL-Fraktion in den

- Sportausschuss und in den
- Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung

v e r w i e s e n .

Zu Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Hauptausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02162

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02162 - Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des
Hauptausschusses**

Der Stadtrat benennt Herrn Frank S ä n g e r zum Mitglied des Hauptausschusses.

**Zu Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Ausschusses für
Finanzen**

und städtische Beteiligungsverwaltung

Vorlagen-Nr.: III/2002/02163

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2002/02163 - Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Ausschusses
für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung**

Der Stadtrat benennt Frau Dr. Ulrike W ü n s c h e r zum Mitglied des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung.

Zu Antrag der CDU-Fraktion - Neubesetzung Ausschussvorsitz des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten
Vorlagen-Nr.: III/2002/02164

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02164 - Antrag der CDU-Fraktion - Neubesetzung Ausschussvorsitz

des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten

Der Stadtrat benennt Herrn Dieter L e h m a n n zum Vorsitzenden des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Zu Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Gleichstellungsausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02165

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02165 - Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des
Gleichstellungsausschusses

Der Stadtrat benennt Herrn Dr. Holger H e i n r i c h zum Mitglied des
Gleichstellungsausschusses.

Zu Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des Innenausschusses
Vorlagen-Nr.: III/2002/02166

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02166 - Antrag der CDU-Fraktion - Umbesetzung des
Innenausschusses

Der Stadtrat benennt Herrn Dr. Holger H e i n r i c h zum Mitglied des
Innenausschusses.

Zu Antrag der CDU-Fraktion - Entsendung eines Vertreters in den
Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft
Halle-
Neustadt mbH (GWG)
Vorlagen-Nr.: III/2002/02169

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02169 - Antrag der CDU-Fraktion - Entsendung eines Vertreters
in

den Aufsichtsrat der Gemeinnützigen
Wohnungsgesellschaft
Halle-Neustadt mbH (GWG)

Der Stadtrat entsendet Frau Dr. Annegret B e r g n e r in den Aufsichtsrat der
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Halle-Neustadt mbH (GWG).

Zu Neubesetzung von Ausschüssen

Frau Haupt schlug vor, jetzt eine Pause einzulegen und im Anschluss an die Pause durch die Fraktionen SPD, HAL und F.D.P. je einen Namen für einen Vertreter in einem der acht neu zu besetzenden Ausschüsse zu benennen.

Frau Wolff, HAL-Fraktion, meinte, es wäre sinnvoller, nur die Fraktionsnamen auf die Zettel für das Los-Verfahren zu schreiben. Ihre Fraktion könne noch keine Namen benennen.

(Es erfolgten Zwischenrufe, dass dies nicht möglich sei.)

Frau Wolff bat um Klärung durch das Rechtsamt.

Herr Borries, Leiter des Rechtsamtes, stellte fest, dass die SPD-Fraktion eines ihrer Mitglieder in den betreffenden Ausschüssen benennen müsse, das künftig diesen Sitz nicht mehr innehaben soll. Dann müsse ein Los-Verfahren zwischen den Fraktionen ausgeführt werden.

Die Fraktion, auf die das Los entfalle, habe dann einen Vertreter zu benennen, der wiederum durch den Stadtrat bestätigt werden müsse. Da Herr Kley darauf gedrungen habe, dass die Ausschüsse sofort in ihrer neuen Funktion arbeitsfähig sein sollen, müsste heute die Benennung erfolgen und auch die Bestätigung durch den Stadtrat.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, korrekterweise müssten bereits Namen genannt werden.

Frau **Wolff** äußerte, ihr leuchte nicht ein, warum unbedingt der Name verlost werden müsse.

Herr **Biesecke** versuchte, an Hand eines Beispiels die Notwendigkeit der namentlichen Benennung zu erklären.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, schlug vor, eine Einigkeit in dieser Frage in der Pause zu erzielen.

Herr **Scholze**, F.D.P.-Fraktion, fragte, inwieweit unter Umständen auch ein Ausschussvorsitz mit in die Lostrommel müsste.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, beantragte, diese Fragen zu klären, bevor man weiter verfare.

Die Tagungsleitung schlug eine Pause vor.

Der Stadtrat legte eine - **P a u s e** - ein.

Frau **Haupt** bat Herrn **Borries** zum Verfahren bei der Besetzung von Ausschüssen zu sprechen.

Herr **Borries** verwies auf § 46, der besage, dass auf Vorschlag der Fraktionen die entsprechenden Ausschusssitze zu verteilen seien. Er schlage folgendes Verfahren vor: Man möge Ausschuss für Ausschuss aufrufen. Die SPD-Fraktion solle ihr Mitglied nennen, das den Ausschusssitz aufgibt. Danach sollen die drei Fraktionen, die an der Losentscheidung beteiligt sind, ihren jeweiligen Kandidaten benennen. Dann werde ausgelost und danach der bestätigende Beschluss durch den Stadtrat gefasst.

Frau **Haupt** rief die betreffenden Ausschüsse auf. Herr **Richter**, SPD-Fraktion, teilte jeweils mit, welcher Stadtrat seiner Fraktion den Sitz im Ausschuss aufgibt.

Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr **Armin Voß**

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr **Gerry Kley**

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr **Mathias Weiland**

Das Los entschied für *Herrn Armin Voß*

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Voß als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr Johannes Krause

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Gerry Kley

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Frau Prof. Dorothea Vent

Das Los entschied für *Herrn Gerry Kley*

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Kley als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Bildungsausschuss:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtende bzw. Kandidat benannt: Frau Katharina Brederlow.

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Friedemann Scholze.

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Heinz Maluch

Das Los entschied für *Herrn Heinz Maluch*

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Maluch als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr Dr. Günter Kraus

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Friedemann Scholze

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Peter Jeschke

Das Los entschied für *Herrn Friedemann Scholze*.

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Scholze als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Sportausschuss:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr Armin Voß

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Friedemann Scholze

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Peter Jeschke

Das Los entschied für *Herrn Friedemann Scholze*.

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Scholze als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Gleichstellungsausschuss:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Frau Katharina Brederlow

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Gerry Kley

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Manfred Schuster

Das Los entschied für *Frau Katharina Brederlow*.

Abstimmung zur Bestätigung von Frau Brederlow als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Kulturausschuss:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr Andreas Schmidt

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Friedemann Scholze

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Frau Sabine Wolff

Das Los entschied für *Herrn Friedemann Scholze*.

Abstimmung zur Bestätigung von Herrn Scholze als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten:

Für die SPD-Fraktion wurde als Verzichtender bzw. Kandidat benannt: Herr Tilo Biesecke

Für die F.D.P.-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Herr Gerry Kley

Für die HAL-Fraktion wurde als Kandidat benannt: Frau Dr. Gesine Haerting

Das Los entschied für *Frau Dr. Gesine Haerting*

Abstimmung zur Bestätigung von Frau Dr. Haerting als Mitglied im Ausschuss:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2002/02208 - Neubesetzung von Ausschüssen

Nach Losentscheid wurden folgende Damen und Herren für die nachstehenden Ausschüsse mit jeweils mehrheitlicher Zustimmung des Stadtrates benannt:

Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten
und Vergaben:

SPD-Fraktion
Herr Armin Voß

Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Beschäftigung und Liegenschaften:

F.D.P.-Fraktion
Herr Gerry Kley

Bildungsausschuss:

HAL-Fraktion
Herr Heinz Maluch

Sozial- und Gesundheitsausschuss:

F.D.P.-Fraktion
Herr Friedemann Scholze

Sportausschuss:

F.D.P.-Fraktion
Herr Friedemann Scholze

Gleichstellungsausschuss:

SPD-Fraktion
Frau Katharina Bredelow

Kulturausschuss:

F.D.P.-Fraktion
Herr Friedemann Scholze

Ausschuss für Planungs- und
Umweltangelegenheiten:

HAL-Fraktion
Frau Dr. Gesine Haerting

Frau Haupt teilte das Ergebnis des Wahlganges zur Wahl von zwei Vertretern

von Fraktionen in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse mit:

Herr Knut Lehmann sei bei 48 anwesenden Stadträten, 44 abgegebenen Stimmen mit 28 Ja-Stimmen gewählt worden.

Herr Thomas Godenrath habe mit 22 Ja-Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Beschluss Nr. III/2002/02119 - Antrag der SPD-Fraktion - Wahl eines Vertreters der SPD-Fraktion in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse (SSK)

Der Stadtrat wählt Herrn Stadtrat Knut Lehmann als Vertreter der SPD-Fraktion für den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse (SSK).

Frau Haupt rief die Mitglieder des Stadtrates für einen zweiten Wahlgang zur Wahl von Herrn Godenrath auf.

*Es erfolgte die Ausgabe von Stimmzetteln und die Geheime Wahl.
Danach wurden die Stimmen ausgezählt.*

In der Tagesordnung wurde fortgefahren.

Zu Anfragen von Stadträten

Zuerst werden alle Anfragen der Stadträte sowie die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Danach erfolgt die Niederschrift zur Diskussion während der Tagung.

**Zu TOP 21 - Anfrage der MBL-Fraktion - zur Einrichtung von
Anliegerparkplätzen**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02104

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 22 - Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner, CDU -
betreffend die Reinigung der Schulgebäude**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02111

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 23 - Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU - zum
unerlaubten Plakatieren im Zusammenhang mit
Veranstaltungen im Objekt Reilstraße 78**

Vorlagen-Nr.: III/2002/02112

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 24 - Anfrage der SPD-Fraktion - zu Straßenausbaubeiträgen

Vorlagen-Nr.: III/2002/02113

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, erklärte, er halte die Antwort der Verwaltung für falsch und bitte um erneute Beantwortung.

Herr **Koch**, Beigeordneter für Finanzen und offene Vermögensfragen, regte an, das Thema in den Finanzausschuss zu verlagern, um dort grundsätzlich darüber zu sprechen.

Herr **Lehmann** erwiderte, es sollte eine schriftliche Antwort gegeben werden.

Herr **Koch** sagte eine neue Beantwortung nach Abstimmung mit dem Ministerium des Innern gemäß Festlegung der Oberbürgermeisterin verwaltungsseitig für Herrn Tepassee zu.

Zu TOP 25 - Anfrage der Stadträtin Katharina Brederlow, SPD - zu Verkehrsbehinderungen Delitzscher Straße / Riebeckplatz

Vorlagen-Nr.: III/2002/02114

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 26 - Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL- NEUES FORUM -

zur Inbetriebnahme eines Heimes für chronisch behinderte

Suchtkranke

Vorlagen-Nr.: III/2002/02116

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 27 - Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES
FORUM -
betreffend Rückzug des Ordnungsamtes von Kontrollen
an
Schwerpunkten des Drogenhandels
Vorlagen-Nr.: III/2002/02120**

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, wies darauf hin, dass er diese Anfrage habe nur stellen können,
weil er per Zufall ein Protokoll des Koordinierungskreises des Netzwerkes gegen Drogen zur
Kenntnis bekommen habe. Der Stadtrat habe diesen Koordinierungskreis des Netzwerkes gegen Drogen ins Leben gerufen. Es könne nicht sein, dass dort Entscheidungen fallen, die dem Stadtrat nicht bekannt gemacht worden seien. So sei z.B. die Entscheidung aus der Verwaltung heraus getroffen worden, dass sich das Ordnungsamt aus dem
Koordinierungskreis
zurückzieht und keine Kontrollen in Verbindung mit der Drogenkriminalität in Halle mehr durchführe. Für ihn sei überraschend gewesen, dass ein solcher Schritt vom Ordnungsamt gegangen worden sei, ohne dass vorher Rücksprache mit der Polizei genommen worden sei.
Nach Rücksprache mit dem Leiter des Ordnungsamtes sei ihm versichert worden, dass man diese Aufgabe im Koordinierungskreis wieder wahrnehmen und auch die Kontrollen, zumindest am Tage, wieder durchführen werde.
Er bitte künftig, wenn in den Protokollen Dinge stehen, die für die kommunalpolitische Arbeit
wichtig seien, diese dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.

**Zu TOP 28 - Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM
zur Bedarfsermittlung für Projekte der
Drogentherapienachsorge
Vorlagen-Nr.: III/2002/02123**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen

Frau Wolff, HAL-Fraktion, fragte zu den Asylbewerberheimen in der Stadt. Im Stadtratsbeschluss vom 17.10.2001 seien vier Heime benannt worden. Bei den Beratungen zum Haushalt 2002 sei in der Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 18.12.2001 laut Protokoll durch Mitarbeiter des Sozialamtes ausgeführt worden, dass lediglich drei Aussiedler- bzw. Asylbewerberheime für die Aufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung stehen.

Sei in den Haushaltsplanungen für 2002 berücksichtigt worden, dass für vier Heime finanzielle Aufwendungen der Stadt anfallen?

Warum verringere sich der eingestellte städtische Zuschuss bei den Grundleistungen um fast

180.000 Euro gegenüber dem Ansatz von 2001, wenn mit gleichbleibenden, sogar steigenden

Asylbewerberzahlen gerechnet werden müsse?

Wie viele gleichberechtigt und vorübergehend aufhältige Personen nach LAG leben derzeit in diesen vier Heimen und wie ist die Verteilung dieser Personen auf die einzelnen Heime?

Welche Personalkosten fallen hinsichtlich der Mitarbeiter der ehemaligen städtischen Heime auch nach deren Auflösung an? In wie viele Bereiche sind diese Mitarbeiter derzeit eingesetzt?

Frau Szabados, Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erinnerte, im Südstadt-Gymnasium sollte ein behindertengerechter Fahrstuhl eingebaut werden. Es sei mitgeteilt worden, dass da Verzögerungen aufgetreten seien, weil eine Unterschrift seitens der Verwaltung nicht geleistet

worden sei. Sie bitte um eine Erklärung zu diesem Vorgang.

Eine weitere Anfrage betreffe das Projekt "Kinderstadt". Bei der Vorstellung dieses Projektes sei

gesagt worden, die Finanzierung erfolge aus dem Thalia Theater bzw. über Spenden.

In München - darauf habe man sich immer bezogen - laufe ein gleichwertiges Projekt, über das zum Ausdruck gekommen sei, dass es die Stadt dort sehr viel koste und sie es deshalb absetzen wollte. Sie frage, was das Projekt in München gekostet habe und ob daraus eventuell Rückschlüsse für den Haushalt in Halle zu ziehen seien.

Sie bitte um eine schriftliche Antwort.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, die Stadt Halle sei auf der letzten Touristikmesse mit einem Stand vertreten gewesen. Er wolle wissen, wer für diesen Messestand verantwortlich

gewesen sei und welche Zielsetzung mit diesem Stand verfolgt worden sei.

An diesem Stand seien zwei Schwerpunkte dargestellt worden: Seniorenberatung und Umweltamt. Er sei der Meinung, dass dies nicht die Aushängeschilder auf einer Touristikmesse für die Stadt Halle sein sollten.

Auf der Betriebsversammlung der Abfallwirtschaft Halle-Lochau sei darüber berichtet worden,

dass gegen den Beschluss des Stadtrates zum Bau der technischen Abfallbehandlungs- und Verwertungsanlage rechtliche Schritte von einem anderen Bewerber eingeleitet worden seien.

Warum sei der Stadtrat davon nicht in Kenntnis gesetzt worden?

Sei es möglich, dass künftig Stadtratsvorlagen zu einer rechtlichen Bewertung dem Rechtsamt

zugeleitet werden? Anlass für diese Nachfrage biete der Hinweis von Herrn Biesecke zu TOP 08. Auch bei TOP 17 gebe es rechtliche Unsicherheit.

Im Zusammenhang mit der Beantwortung einer mündlichen Anfrage des Stadtrates Lehmann

in der letzten Tagung möchte er wissen, warum die Verwaltung in Bezug auf den Parkplatz Wilhelm-Külz-Straße nicht darauf verwiesen habe, dass die Rücknahme des Umstandes - dass dort das Kurzzeitparken ab 1. Januar entfällt - durch keinen Stadtratsbeschluss gedeckt sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, eine Antwort zur Frage Müllverbrennungsanlage

werde sie im nichtöffentlichen Teil der Tagung geben.

Zur Anfrage Parkplatz W.-Külz-Straße: Es sei in der Verwaltung ein Fehler passiert, der in der

Antwort auf die Anfrage nicht deutlich dargelegt worden sei. Der Vorgang sollte noch einmal

schriftlich niedergelegt werden, um dann endgültig eine zufriedenstellende Antwort zu haben.

Auf die weiteren Fragen werde es eine schriftliche Antwort geben.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, ging auf die kommende Beratung des Vergabeausschusses ein,

bei der ein Auftrag zur Erstellung eines Rahmenkonzeptes zur Haushaltskonsolidierung vergeben werden soll. Er frage, auf welcher Grundlage die betreffende Firma bereits an dieser

Aufgabe in der Stadtverwaltung arbeite. Sei der zu beschließende Auftrag bereits unterschrieben worden?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine ausführliche Antwort im nichtöffentlichen Teil

der Tagung zu. Der Auftrag sei nicht unterschrieben.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, bezog sich auf seine Anfrage vom Oktober 2001 an das Tiefbauamt, auf die er noch immer auf eine Antwort warte.

Er frage:

1. Gibt es im Büro der Oberbürgermeisterin eine Registrierung der eingehenden Post und eine Anweisung, in welcher Zeit die Beantwortung bzw. ein Zwischenbescheid erfolgen muss?
2. Welche Gründe gibt es, die Anweisung nicht zurückzunehmen, dass Anfragen von Stadträten an Ämter der Stadt über das Oberbürgermeisterbüro beantwortet werden müssen?
3. Wenn die 1. Frage mit Ja beantwortet werden müsse, welche Maßnahmen werde die Oberbürgermeisterin ergreifen, damit die Arbeit der Stadträte durch ihr Büro nicht weiter behindert werde?
4. Zu welchem Termin erhalte er auf seine im Oktober gestellte Frage eine Antwort?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bedauerte, dass es zu dieser Anfrage habe kommen müssen. Natürlich gebe es Regeln, wie mit Anfragen umzugehen sei. Die über das OB-Büro eingehenden Anfragen würden an die entsprechenden Fachämter weitergeleitet.

In der Regel sei es üblich, innerhalb von drei bis vier Wochen einen Zwischenbescheid zu geben, wenn bis dahin keine endgültige Antwort erfolgen könne.

Der Grund, warum die Anweisung, dass die Anfragen und Antworten über das OB-Büro laufen sollen, nicht zurückgenommen werde, sei der, sie denke, die Verwaltung müsse mit einer Stimme sprechen. Oft hätten Fachämter eine Meinung, die auch politisch diskutiert werden müsse und sie wolle einen Überblick behalten, was aus den Ämtern herausgegeben werde.

Dafür, dass die Verwaltung eine Antwort an Herrn Köhler schuldig geblieben sei, entschuldige

sie sich und sichere ein Antwort innerhalb der nächsten 14 Tage zu.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, sprach die Anschaffung eines zweiten Rechners für die Koordinierung von Ampelschaltungen an. Sie könne noch nicht feststellen, dass sich dies qualitativ bemerkbar mache.

Weiterhin ging sie auf die Geruchsbelästigung im Stadthaus ein und bat um eine Überprüfung durch das Gesundheitsamt.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte schriftliche Antworten zu beiden Fragen zu.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf bereits gestellte Anfragen zum Parkplatz Schimmelstraße: Auf die mündliche Anfrage 4 des Stadtrates Lehmann - Einnahmesituation

-
sei geantwortet worden, dass 2001 bei Dauerparkern eine Summe von ca. 77.000 Euro eingenommen worden sei. Bei der Antwort auf Frage 5 stehe, dass die Einkünfte jetzt auf 129.000 Euro angesetzt werden sollen. Er frage, wo die vielen neuen Dauerparker herkommen sollen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, ging auf Presseveröffentlichung bezüglich der Kürzung von Zuschüssen an die HAVAG (20 Mio Euro) ein. Was habe es damit auf sich, wie seriös sei diese Meldung?

Weiterhin ging er auf die gegenwärtige Überarbeitung des Nahverkehrsplanes ein.

Wie sei dort der Verfahrensstand? Warum würden die Mitglieder des Naturschutzbeirates nicht über dem zuständigen Beigeordneten vorliegende Stellungnahmen informiert?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete auf die erste Frage, möglicherweise sei folgendes Ausgangspunkt für die Spekulation: die Stadt habe den Städtevergleich Halle Magdeburg-Leipzig durchgeführt, bei dem Ergebnis sei, dass die Stadt Halle 20 Mio DM mehr

an Zuschuss an den Verkehrsbetrieb zahle, als z.B. die Stadt Magdeburg. Das habe Diskussionen in der Stadt ausgelöst. Sie könne sich vorstellen, dass daraus diese Gerüchte entstanden seien, die darauf abzielten, dies als Absicht in die Zeitung zu bringen.

Herr **Heft** meinte, vielleicht wäre es sinnvoll, über das Presseamt eine entsprechende Richtigstellung zu veröffentlichen. Die Anruhe im Betrieb der HAVAG sei groß, und man könne diese, auch vor dem Hintergrund des Haushaltes in der Stadt, nicht gebrauchen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, sie werde überlegen, wie dem entgegengewirkt werden könne.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, fragte nach dem Stand der Vorbereitung zum Stadtjubiläum.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, antwortete, dazu werde demnächst im Kulturausschuss informiert.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Die 2. Stellvertretende des Vorsitzenden des Stadtrates, Frau **Haupt**, teilte das Ergebnis des zweiten Wahlganges zur Wahl eines Vertreters der CDU-Fraktion in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse mit:

Bei 48 anwesenden Stadträten sei bei 46 abgegebenen Stimmen Herr **Thomas Godenrath** mit 25 Ja-Stimmen bei 20-Nein-Stimmen gewählt worden.

Beschluss Nr. III/2002/02167 - Antrag der CDU-Fraktion - Wahl eines Vertreters in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse

Der Stadtrat wählt Herrn Thomas G o d e n r a t h in den Verwaltungsrat der Stadt- und Saalkreissparkasse.

Zu TOP 29 - Mitteilungen

Frau Haupt teilte mit, dass seitens der CDU-Fraktion der Antrag auf Akteneinsicht in den Vertrag der Stadt Halle mit der Start GmbH aus Bernburg gestellt worden sei. Für die CDU-Fraktion werde Herr Stadtrat Godenrath die Akteneinsicht wahrnehmen. Interessenten aus anderen Fraktionen mögen sich bitte mit Herrn Godenrath in Verbindung setzen.

Die F.D.P.-Fraktion beantrage Einsicht in Akten aus dem Bereich Planen und Bauen: Konfliktstudie zur Dieselstraße und Förderbescheid des Landes zum Stadtumbau. Interessenten aus anderen Fraktionen sollten sich mit Herrn Kley in Verbindung setzen.

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, kündigte einen Antrag auf Akteneinsicht zu Arbeiten im Bereich der neuen Wendeschleife Kröllwitz an.

Weitere Mitteilungen wurden nicht abgegeben.

Die 2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates beendete die 29. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Haupt
2. Stellvertreterin des Vorsitzenden des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Panian